



Suchergebnisse: Synagogen

17. Juni 1805 – Ein wichtiger Schritt für die jüdische Gemeinde in München

München * Das „Regulativ über die Verhältnisse der hiesigen Judenschaft“ ist ein wichtiger Schritt für die jüdische Gemeinde in München. Es stellt erstmals eine staatlich geregelte Eingliederung der Juden in das bürgerliche Leben dar, bleibt aber von starken Einschränkungen geprägt. Das Regulativ erlaubt jüdischen Familien die offizielle Niederlassung in München, begrenzt ihre Zahl jedoch streng durch eine Judenmatrikel. Anfangs dürfen nur 32 Familien und fünf Witwen dauerhaft in der Stadt leben. Auch Eheschließungen stehen unter staatlicher Kontrolle und sind nur mit polizeilicher Genehmigung sowie ausreichendem Vermögen möglich. Zugleich bringt das Regulativ einige Verbesserungen: Juden werden von diskriminierenden Sonderabgaben wie Leib- und Pflasterzöllen befreit, durften ihre Religion privat ausüben und einen eigenen Friedhof anlegen. Öffentliche Synagogen bleiben allerdings weiterhin verboten. Zudem erhalten jüdische Händler mehr Möglichkeiten zur Teilnahme am Wirtschaftsleben, allerdings unter staatlicher Aufsicht. Historisch markiert das Regulativ den Übergang von der bloßen Duldung einzelner Juden hin zu einer staatlich anerkannten, aber streng kontrollierten jüdischen Gemeinde. Es ist damit sowohl ein erster Schritt zur Emanzipation als auch ein Instrument staatlicher Kontrolle. Gleichzeitig bildet es eine wichtige Grundlage für die spätere Entwicklung der jüdischen Gemeinde Münchens und gilt als Vorläufer des Bayerischen Judenedikts von 1813.

August 1819 – Judenverfolgung inden fränkischen Landesteilen

Franken - Würzburg * Kurz nachdem König Max I. Joseph den Maßnahmenkatalog zur Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels genehmigt hat, kommt es in den fränkischen Landesteilen zu schweren Judenverfolgungen, „die vor allem in Würzburg das Maß des seit Jahrhunderten Dagewesenen überschritten. [...] Arbeitslose, Handwerksburschen, verschuldete Bauern und Bürger stürmten die Häuser der Juden. Synagogen wurden in Brand gesteckt“. Die Übergriffe auf die jüdischen Mitbürger dauern - mit Unterbrechungen - bis ins Jahr 1822 hinein an.

April 1824 – Das Synagogen-Projekt Lederergasse ist gescheitert

München * Weitere Interventionen der Israelitischen Kultusgemeinde an die die Gremien der



Stadtregierung zum Bau der Synagoge in der Lederergasse bleiben erfolglos.

21. April 1826 – Die Synagoge in der Westenriederstraße wird eingeweiht

München-Angerviertel * König Ludwig I. und Königin Therese nehmen an der Einweihung der Münchner Synagoge in der Theaterstraße teil. Auch höchste Hof- und Staatsbeamte nehmen an der Zeremonie teil und machen die Einweihung zu einem außergewöhnlichen gesellschaftlichen Ereignis. Der klassizistische Synagogenbau hat 160 Männer- und Frauenplätze. Mit der Eröffnung des Gotteshauses erreicht die jüdische Gemeinde nach Jahrhunderten der Rechtlosigkeit, Ausgrenzung und Verfolgung eine erste wichtige Etappe auf dem langen Weg zur angestrebten Gleichstellung mit den christlichen Bürgerinnen und Bürgern Münchens. Trotz dieses Fortschritts gelten Juden weiterhin nicht als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft. Sie unterliegen nach wie vor zahlreichen Einschränkungen – etwa im Berufsleben oder durch Niederlassungsbeschränkungen für ihre Kinder. Zudem werden sie von den staatlichen Behörden misstrauisch beobachtet und von vielen Mitbürgern noch immer als fremd und unerwünscht wahrgenommen. Das Ereignis des Tages führt auch dazu, dass die israelitische Gemeinde an hundert christliche Mitbürger je zwei Pfund Fleisch, zwei Mass Bier und Brot spendet.

10. November 1861 – Der sogenannte Matrikelzwang wird aufgehoben

Königreich Bayern * Der bayerische Landtag hebt den „Matrikelzwang“ auf, der die Anzahl jüdischer Familien und ihre Niederlassungsmöglichkeiten bisher stark eingeschränkt hat. Damit werden wichtige Diskriminierungen beseitigt und jüdische Menschen erhalten mehr Rechte und Freiheiten. Nach der Aufhebung können jüdische Familien ihren Wohnort freier wählen. Viele ziehen aus ländlichen Gemeinden in Städte wie München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg und Fürth. Dadurch wachsen die städtischen jüdischen Gemeinden stark, während viele Landgemeinden Mitglieder verlieren. In München führte das Bevölkerungswachstum dazu, dass die bestehende Synagoge in der Westenriederstraße bald zu klein wird und die Voraussetzungen für den Bau weiterer Synagogen schafft. Die Aufhebung des Matrikelzwangs ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Juden. Gerade in München wächst die jüdische Bevölkerung nun stark an. Jüdische Bürger werden sichtbarer in Handel, Wissenschaft, Kultur und den freien Berufen.

30. Januar 1866 – Mittelersuchen für einen Synagogen-Neubau



München * Der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde bittet den Münchner Stadtmagistrat um finanzielle Unterstützung für den Neubau einer größeren Synagoge. Doch erst muss ein geeigneter Bauplatz gefunden werden, wobei sich diese Suche als ebenso schwierig gestaltet wie die weitere Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Die Verhandlungen ziehen sich in die Länge.

1893 – Erweiterung der Ohel-Jakob-Synagoge

München-Graggenau * Die Ohel-Jakob-Synagoge wird um eine gemauerte Laubhütte ergänzt. Sie dient der Feier des jüdischen Laubhüttenfestes [= Sukkot] und erweitert die religiösen Nutzungsmöglichkeiten des Synagogenensembles.

5. September 1931 – Letzte Synagogeneinweihung vor der NS-Zeit

München-Isarvorstadt * Mit der feierlichen Einweihung der Synagoge an der Reichenbachstraße am 5. September 1931 erhält die orthodoxe jüdische Gemeinde Münchens ein neues religiöses Zentrum. Das Gotteshaus ist die letzte Synagoge, die in Deutschland vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten neu eingeweiht wird. Nur wenige Jahre später setzt das NS-Regime der Entfaltung jüdischen Gemeindelebens ein gewaltsames Ende.

26. Juni 1938 – Öffentliche Zustimmung und weitere Nutzung des Synagogen-Geländes

München-Kreuzviertel * Während der Abriss der Hauptsynagoge voranschreitet, feiert die nationalsozialistische Propaganda die Zerstörung des Gotteshauses. Die NS-Zeitung „Der Stürmer“ kommentiert den Vorgang am 26. Juni 1938 mit den Worten: „Ein Schandfleck verschwindet.“ Anders als beim wenige Tage später beginnenden Abriss der evangelischen Matthäuskirche regt sich gegen die Zerstörung der Synagoge in der Öffentlichkeit kein nennenswerter Protest. Die Beseitigung des jüdischen Sakralbaus zur Schaffung neuer Verkehrs- und Freiflächen wird weitgehend widerspruchslos hingenommen. Der ebenfalls vorgesehene Abriss des jüdischen Gemeindehauses in der Herzog-Max-Straße 3–5 wird jedoch nicht umgesetzt. Stattdessen übernimmt das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS die Gebäude. Ab 1940 befindet sich dort eine Dienststelle des Lebensborn e. V., einer nationalsozialistischen Organisation zur Förderung der bevölkerungspolitischen Ziele des Regimes.



9. November 1938 – Propagandaminister Goebbels hält eine antisemitische Hassrede

München-Graggenau * Nach Bekanntwerden des Todes von Ernst vom Rath hält Reichspropagandaminister Joseph Goebbels umgehend eine antisemitische Hassrede in der er zur Rache und zur Vergeltung am Weltjudentum aufruft. Die Nationalsozialisten sind bestens vorbereitet, denn noch kurz vor Mitternacht ergeht ein Fernschreiben an alle deutschen Polizeistellen. Darin heißt es: „Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Maßnahme sicherzustellen. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.“ Der SS-Gruppenführer und Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, präzisiert die Befehle in einem weiteren Fernschreiben. Dort ist zu lesen, dass die Polizei und die Dienststellen der NSDAP gemeinsam die Demonstrationen leiten sollen. Und: „Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die eine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums nicht mit sich bringen. Zum Beispiel Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung ist“. Durch ein im Jahr 1937 angefertigtes Verzeichnis der Münchner jüdischen Gewerbebetriebe wissen die NS-Parteiorgane und Schlägertrupps genau wo sie zuschlagen und so die „verbrecherische Tat des jüdischen Mordbuben“ rächen müssen.

9. November 1938 – Novemberpogrome in München

München - Deutsches Reich * In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 erreichen die antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes eine neue Eskalationsstufe. Nach der bereits im Juni erfolgten Zerstörung der Hauptsynagoge werden auch die beiden verbliebenen Münchner Synagogen in Brand gesetzt. Damit vernichten die Nationalsozialisten innerhalb weniger Monate nahezu alle sichtbaren Zentren jüdischen religiösen Lebens in der Stadt.

9. November 1938 – Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung

München * Noch in der Nacht finden - unter passiver Anteilnahme sehr vieler Schaulustiger - die seit längerer Zeit geplanten Ausschreitungen gegen die Juden statt. In München werden ein Jude ermordet sowie 900 Menschen verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Rund 700 Geschäfte und Betriebe werden demoliert und die Synagogen in der Herzog-Rudolf-Straße und in der Reichenbachstraße zerstört. Die Münchner Hauptsynagoge war bereits im Juni 1938 abgerissen worden. Die Bilanz dieser später auch



noch beschönigend „Reichskristallnacht“ genannten Juden-Pogrome bedeutet für Deutschland:

91 Ermordete, zahllose Verletzte, Misshandelte und Vergewaltigte, 191 zerstörte Synagogen, 7.500 zerstörte und ausgeraubte Geschäfte, Verwüstung unzähliger Wohnungen und fast aller jüdischer Friedhöfe, rund 30.000 Einlieferungen in Konzentrationslager. Die reichsweit organisierten antijüdischen Ausschreitungen dauern auch noch am 10. November an.

1955 – Rückgabe des Synagogengrundstücks

München-Kreuzviertel * Das ehemalige Grundstück der Hauptsynagoge wird 1955 an die Israelitische Kultusgemeinde zurückgegeben. Da ein Wiederaufbau oder Neubau einer Synagoge an dieser Stelle aus verschiedenen Gründen nicht realisierbar erscheint, veräußert die Gemeinde Teile des Areals an den Karstadt-Konzern. Den Bereich, auf dem sich die Hauptsynagoge befunden hat, erwirbt die Stadt München. Dort entsteht eine Grünanlage. Zugleich vereinbaren die Stadt und die Israelitische Kultusgemeinde, an dem historischen Ort ein Denkmal zur Erinnerung an die zerstörte Synagoge und die Verfolgung der Münchner Juden zu errichten.

1967 – Nachnutzung des ehemaligen Synagogengeländes

München-Kreuzviertel * Unter Teilen des ehemaligen Grundstücks der 1938 zerstörten Hauptsynagoge wird eine Tiefgarage für den Karstadt-Konzern errichtet. Die kommerzielle Nutzung des Areals steht exemplarisch für den lange Zeit zurückhaltenden Umgang mit den Erinnerungsorten jüdischen Lebens in München. Erst allmählich rückt die historische Bedeutung des Geländes wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein.

1968 – Wettbewerb für das Synagogen-Denkmal

München-Kreuzviertel * Für das geplante Denkmal auf dem Gelände der 1938 zerstörten Hauptsynagoge schreibt die Stadt München Anfang 1968 einen Künstlerwettbewerb aus. Den mit 6.000 D-Mark dotierten ersten Preis erhält der Münchner Bildhauer Herbert Peters. Sein Entwurf bildet die Grundlage für das künftige Mahnmal, das an die Zerstörung der Hauptsynagoge und die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in München erinnern soll.

9. November 1969 – Enthüllung des Synagogen-Denkmal



München-Kreuzviertel * Münchens Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel enthüllt im Rahmen einer feierlichen Zeremonie den Gedenkstein auf dem ehemaligen Gelände der Hauptsynagoge. Das Denkmal erinnert an die 1938 zerstörte Synagoge an der Herzog-Max-Straße sowie an die Verfolgung und Ermordung der Münchner Jüdinnen und Juden während der Zeit des Nationalsozialismus. Mit der Einweihung des Mahnmals erhält der historische Ort erstmals eine sichtbare Form des öffentlichen Gedenkens. Der Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 verleiht der Zeremonie dabei eine besondere symbolische Bedeutung.

9. November 2006 – Einweihung der neuen Hauptsynagoge Ohel Jakob

München-Angerviertel * Am 9. November 2006 wird die neue Hauptsynagoge Ohel Jakob im Jüdischen Zentrum am St.-Jakobs-Platz feierlich eingeweiht. Mit ihr kehrt der Name „Ohel Jakob“ nach München zurück, den bereits die 1938 zerstörte orthodoxe Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße getragen hatte. Wenig später wird auch das unmittelbar angrenzende Gemeindehaus eröffnet, das heute Sitz der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern ist. Das neue Jüdische Zentrum mit Hauptsynagoge, Gemeindehaus, Jüdischem Museum und Kulturzentrum markiert einen Wendepunkt in der Geschichte des jüdischen Lebens in München. Erstmals seit der nationalsozialistischen Verfolgung erhält die jüdische Gemeinde wieder ein sichtbares und repräsentatives Zentrum im Herzen der Stadt. Ein unterirdischer „Gang der Erinnerung“ verbindet Synagoge und Gemeindehaus und erinnert an die rund 4.500 Münchner Jüdinnen und Juden, die zwischen 1933 und 1945 Opfer des Nationalsozialismus wurden. Mit dem Jüdischen Zentrum entsteht zugleich ein Ort religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Die Israelitische Kultusgemeinde verfügt heute über zahlreiche Einrichtungen, darunter Synagogen, rituelle Tauchbäder, Bildungs- und Kultureinrichtungen, soziale Dienste sowie jüdische Friedhöfe. Als Einheitsgemeinde vereint sie Mitglieder unterschiedlicher religiöser Prägungen und bildet das Zentrum des jüdischen Lebens in München und Oberbayern.
